

Büro des Staatssekretärs

Berlin, den 26. Januar 1965
Dr. H/D

0000
53/11

18.201/186

Gedächtnisprotokoll der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 19. und 20. Januar 1965 in Warschau

Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses wurde am 19. Januar um 10.00 Uhr vom Ersten Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei eröffnet. Genosse Gomulka wies darauf hin, daß die Tagung in einer Stadt stattfindet, die während des zweiten Weltkrieges fast völlig zerstört war, in der etwa 800 000 Menschen getötet wurden und dessen 20. Jahrestag der Befreiung gegenwärtig begangen wird. Aus dieser Stadt soll an alle Völker eine Warnung vor den Gefahren durch die Bedrohung von Atomwaffen ergehen.

Das Hauptziel des Warschauer Vertrages, wofür diese Organisation geschaffen wurde, ist die Sicherung des Friedens und die Festigung der Verteidigungskraft der ihr angehörenden Staaten. Gegenstand der gegenwärtigen Tagung ist die Haltung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zu den Plänen zur Schaffung einer MLF.

Genosse Gomulka unterbreitete den Vorschlag, in Übereinstimmung mit der bisherigen Praxis und in Fortsetzung der Reihenfolge auf der letzten Tagung, dem Genossen Dej als erstem den Vorsitz zu übertragen.

Genosse Dej wiederholte noch einmal das Thema der Tagung und stellte die Frage, ob es weitere Vorschläge für die Tagesordnung gebe. Nachdem keine weiteren Vorschläge unterbreitet wurden, schlug er den Zeitplan für den Ablauf der Tagung vor. Danach erklärte er, daß Worterteilungen erfolgen, sobald eine Wortmeldung der entsprechenden Delegation abgegeben wird.

Als erster Redner meldete sich Genosse Ulbricht zu Wort.
(Text der Rede liegt schriftlich vor)

Als zweiter Redner meldete sich der Genosse Breschnew zu Wort.
(Text der Rede liegt schriftlich vor)

Als nächster Redner meldete sich der Genosse Gomulka zu Wort. Der Genosse Gomulka wies darauf hin, daß die wichtigste Frage, vor der der USA-Imperialismus gegenwärtig stehe, die Erhaltung der Einheit des imperialistischen Lagers, unter der Führung der USA sei. Eines der Mittel, um dieses zu erreichen, seien die Pläne zur Einbeziehung europäischer Staaten in die atomare Aufrüstung. Dabei gibt es zwei Konzeptionen:

1. Die Pläne der USA und Westdeutschlands zur Schaffung einer MLF;
2. der britische Plan zur Schaffung einer atlantischen Atomstreitmacht.

Der Besuch von Hassel in New York habe noch einmal gezeigt, daß sich die USA auf Westdeutschland stützen. Nach seiner Reise trat eine weitere Verstärkung der Zusammenarbeit ein und gemeinsame Maßnahmen zur Ausarbeitung der Strategie und Taktik wurden unternommen.

Die Konzeption zur Schaffung der MLF begünstigt Westdeutschland und hat deshalb offene Einwände von seiten anderer Staaten so von Holland, Frankreich, den skandinavischen Staaten u.a. hervorgerufen.

Die britische Konzeption zur Schaffung einer atlantischen Atomstreitmacht zielt darauf ab, die Rolle Großbritanniens auf Kosten Westdeutschlands zu stärken. Mit diesem Plan will sich Großbritannien den zweiten Platz nach den USA in Europa sichern. Dabei läßt sich Großbritannien auch von seinen Interessen in Südostasien leiten. Der britische Vorschlag soll auch Frankreich die Möglichkeit geben, sich an einer multilateralen Kernstreitmacht zu beteiligen. Er zielt darauf ab, Bedenken anderer Staaten zu zerstreuen. Er ist seinem Wesen nach deshalb noch gefährlicher als die Pläne zur Schaffung der MLF.

Im Grunde genommen wiederhole sich die Geschichte. Als Westdeutschland Mitglied der NATO wurde, wurde ihm eine Reihe von Beschränkungen in der Rüstung auferlegt. Jedoch bereits nach kurzer Zeit wurden diese Schritt für Schritt aufgehoben.

Genosse Gomulka führte einige Fakten über den jetzigen Stand der Aufrüstung Westdeutschlands an, um damit zu beweisen, daß Westdeutschland trotz der Beschränkungen in der NATO mit Hilfe der anderen Westmächte vollendete Tatsachen schafft.

Genosse Gomulka stellte dann die Frage, wie die beiden oben genannten Projekte einer multilateralen Kernstreitmacht einzuschätzen seien, und kam zu folgender Schlußfolgerung:

1. Die Bildung kollektiver atomarer Streitkräfte ist ebenfalls ein Versuch zur Überwindung der noch bestehenden Aufrüstungsbeschränkungen für Westdeutschland. Sie sollen dazu beitragen, Westeuropa unter Führung der USA nicht nur militärisch zusammenzuschließen.
2. Sie bedeuten zunehmenden Einfluß der Bundesrepublik auf die Kernstrategie. Das führt zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses im imperialistischen Lager zugunsten Westdeutschlands.
3. Diese Projekte führen in der Perspektive dazu, daß Westdeutschland das Kommando über Kernwaffen erhält.

Über die Absichten der Bundesrepublik bestehen keinerlei Zweifel. Sie will nicht auf eigene Kernwaffen verzichten. Sie betrachtet die MLF als ein geeignetes Mittel zur Verwirklichung ihrer aggressiven Ziele. Diese Gefahren sehen auch andere Mitglieder der NATO.

Das Streben Westdeutschlands nach Atomwaffen wird von einem
Serede über die Wiedervereinigung ~~West~~ Deutschlands begleitet.
Die Volksrepublik Polen ist der Meinung, daß die Vereinigung
nur im Ergebnis eines längeren Prozesses durch die Anerkennung
von deutschen deutschen Staaten und den Verzicht auf die Kern-
waffenrüstung erreicht werden kann. Das Programm der DDR genießt
die volle Unterstützung der Volksrepublik Polen. Die DDR zeigt
konkret den Weg, der zu einer allmählichen Annäherung führt.

Im Grunde genommen stehen wir heute vor der gleichen Frage, wie
zu den Zeitpunkt, da der Warschauer Vertrag geschaffen wurde.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen wächst der Widerstand gegen
die Politik Westdeutschlands, gegen die weitere Stärkung seiner
Positionen. Es komme darauf an, die Gefahren einer multilateralen
Kernstreitmacht für alle Staaten aufzuzeigen und alle, die
ernsthaft beunruhigt sind, für den Kampf gegen die atomare
Aufrüstung zu mobilisieren. Die Haltung der Mitgliedstaaten des
Warschauer Vertrages in dieser Frage sei eindeutig. Sie haben
die Aufgabe, insbesondere die Westmächte und die internationale
Öffentlichkeit über die Gefahren der Atomrüstungspläne aufzu-
klären.

Die DDR genießt die volle Unterstützung der Volksrepublik
Polen. Alle sozialistischen Staaten seien zutiefst an der Stär-
kung und Entwicklung der DDR interessiert.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen komme es darauf an, alle
Möglichkeiten für die Gewährleistung einer friedlichen Ent-
wicklung in Europa auszunutzen. Dabei sei es notwendig, ein
konstruktives Programm des Friedens in Europa zu entwickeln.

Es gelte, der Konzeption der imperialistischen Mächte eine Konzeption der kollektiven Sicherheit und der kollektiven Garantien entgegenzustellen. Diesem Ziel dienen u.a. der Vorschlag zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO, der Vorschlag zum Einfrieren der Rüstungen in Europa, zur Entmilitarisierung Deutschlands und zur Schaffung einer Atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Der Entwurf eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Kernwaffen, den der Genosse Ulbricht unterbreitet hat, sei richtig und werde von der polnischen Delegation voll und ganz unterstützt. Ungeachtet dieses umfassenden Vorschlages wäre zu erwägen, ob es nicht auch zweckmäßig wäre, einen Vorschlag über die Nichtweitervorbereitung von Kernwaffen in Europa zu unterbreiten.

Es sollte nach wie vor alle Anstrengungen unternommen werden, um die Anerkennung der DDR und die Beibehaltung der bestehenden Grenzen zu erreichen. Notwendig sei die Beseitigung aller Diskriminierungen, insbesondere auf Ukonomischem Gebiet, in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und anderen Staaten.

Es sei notwendig, einen Plan von Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa auszuarbeiten. Zu diesem Zweck habe Polen als ein Beitrag dazu die Einberufung einer Konferenz europäischer Staaten mit Beteiligung der USA vorgeschlagen. Dieser Vorschlag habe großes Interesse hervorgerufen und bisher sei noch niemand dagegen aufgetreten.

Der Vorschlag des Genossen Ulbricht zur Durchführung ständiger Konsultationen zu außenpolitischen Fragen entspricht völlig dem Standpunkt der Volksrepublik Polen und anderer Staaten. Die Außenminister sollten ein Programm zur Gewährleistung des Friedens und einen Plan von Maßnahmen gegen die MLF, zum Schutz und zur Verteidigung unserer Länder als nächsten Schritt vorbereiten.

Die Nichtteilnahme Albanien an der Tagung trotz der erfolgten Einladung bedeutet, daß Albanien die Mitarbeit in der Organisation ablehnt. Die Frage der weiteren Teilnahme Albanien in der Warschauer Vertrag hängt allein von der Entscheidung der Parteiführung und der Regierung Albanien ab.

Nach der Rede des Genossen Gomulka wurde die Tagung abgeschlossen und bis 16.00 Uhr vertagt.

Als erster Redner nach der Mittagspause meldete sich der Genosse Kadar zum Wort. Genosse Kadar hob die Gefährlichkeit der Pläne zur Schaffung der MLF hervor, weil dadurch Westdeutschland der Zugang zu Kernwaffen ermöglicht werde und die Gefahr der Entfesselung eines Krieges wachse. Faktisch wächst die Zahl der Länder, die über Kernwaffen verfügen. In dem Maße, wie das Gewicht Westdeutschlands durch die Erlangung des Zugangs zu Kernwaffen wächst, verringern sich die Möglichkeiten zur friedlichen Lösung der deutschen Frage. Die reaktionären Kräfte in Westdeutschland würden dadurch gestärkt werden. Bei der Ausarbeitung unserer Maßnahmen sei es notwendig, die bestehenden Widersprüche auszunutzen. Es müsse die unterschiedliche Konzeption Englands und die ablehnende Haltung

Frankreichs berücksichtigt werden. Gleichzeitig ist auch zu berücksichtigen, daß die Türkei, Dänemark und andere Länder sich ebenfalls dagegen ausgesprochen haben. Alle Schritte, die von unserer Seite unternommen werden, müssen darauf gerichtet sein, die bestehenden Widersprüche zu vertiefen.

Die atomare Aufrüstung Westdeutschlands berührt natürlich auch die Interessen Ungarns. Die Delegation sei bevollmächtigt, auf dieser Tagung alle Vorschläge zu unterstützen, die der Verhinderung der atomaren Aufrüstung dienen.

Die Delegation der Volksrepublik Ungarn begrüßt mit Genugtuung den von der DDR vorgelegten Entwurf eines Kommuniqués. Der Entwurf der DDR ist annehmbar und bildet eine gute Grundlage.

Die Delegation begrüßt auch den Entwurf eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Kernwaffen. Es erhebe sich nur die Frage, wann dieser Vorschlag am besten in die UN eingebracht werden würde. Die Außenminister sollten beauftragt werden, eine endgültige Verständigung über das Kommuniqué und den Vertrag zu erzielen sowie einen Vorschlag über entsprechende politische und diplomatische Schritte ^{zu} ausarbeiten und der Tagung ^{zu} vorlegen.

Der Warschauer Vertrag wurde vor 10 Jahren gegründet und diente als zuverlässiger Schutz der sozialistischen Staaten. Die Pläne der NATO können nur dann erfolgreich verhindert werden, wenn die Staaten des Warschauer Vertrages gemeinsame Aktionen unternehmen. Das erfordern die Interessen aller Staaten und Völker. Der Warschauer Vertrag ist die Kraft, die alle aggressiven Pläne zunichte machen kann. Dennoch fehlte es bisher mitunter

an einem einheitlichen Handeln. Daß konnte unter Umständen auch durch unterschiedliches Herangehen hervorgerufen worden sein. Vielleicht liegt es jedoch auch an den Organen des Warschauer Vertrages. Bisher existiert nur das Vereinte Oberkommando. Gerade in solchen Situationen, wie in der Gegenwart, ist es notwendig, sich öfter zu beraten, die gemeinsamen Probleme zu diskutieren, um gemeinsame Anstrengungen auf politischem und ökonomischem Gebiet durchzuführen.

Die Partei und die Regierung der Volksrepublik Ungarn war stets für eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung aller Maßnahmen.

Die unternehmen alle Anstrengungen, um die gewachsene Kraft des sozialistischen Lagers zu demonstrieren. Die Delegation der Volksrepublik Ungarn schlägt vor, ein Außenministerrat zu schaffen.

Die begrüßt den Vorschlag der DDR zur Verstärkung der Zusammenarbeit auf außenpolitischem Gebiet und hofft, daß dieser Vorschlag positiv entschieden wird.

Obwohl gegenwärtig auch bereits die Notwendigkeit für die Beratung einer Reihe anderer Fragen herangezogen ist, sollten wir uns gegenwärtig auf den Kampf gegen die MLP konzentrieren. Die Grundinteressen unserer Länder fallen zusammen und ein einheitliches Auftreten garantiert größere Erfolge.

Als nächster ergriff Genosse Novotny das Wort.

Genosse Novotny wies darauf hin, daß eine breite Ausarbeitung der internationalen Fragen dazu beitragen könnte, den Kampf gegen die MLF noch wirksamer zu führen. Die Orientierung der imperialistischen Staaten auf die MLF sei Bestandteil ihrer umfassenden Pläne gegen die sozialistischen Länder und die Länder Asiens und Afrikas. Ungeachtet dieses Planes sei es jedoch notwendig, gleichzeitig auch die wachsenden Widersprüche innerhalb der imperialistischen Länder zu berücksichtigen. Das zeigt, daß heute eine breite Front möglich ist, diesen Plänen auf friedlichem Wege erfolgreich entgegenzuwirken.

Die CSSR könnte sich gut vorstellen, was das bedeuten würde, Westdeutschland Atomwaffen in die Hände zu geben. Dabei dürfen wir jedoch nicht den Kampf gegen die übrigen imperialistischen Kräfte der Welt vergessen, an deren Spitze die USA stehen. Die USA wollen den westdeutschen Imperialismus als Stoßkraft gegen das sozialistische Lager ausnutzen. Es sei notwendig, auch die sich in Westdeutschland vollziehende Differenzierung zu berücksichtigen. (Erhard, Strauß, Adenauer) Der Kurs der aggressivsten Kräfte ist nach Veröffentlichung des Planes zur Anlage eines Atom-Minen-Gürtels noch deutlicher geworden. Gleichzeitig dürfen wir jedoch auch nicht übersehen, daß sich auch die inneren Widersprüche entwickeln. Deshalb kommt es darauf an, durch unsere Beziehungen die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland zu stärken.

In den Verhandlungen mit Westdeutschland haben insbesondere zwei Fragen eine wichtige Rolle gespielt.:

1. Zugehörigkeit Westberlins2. Die Stellung zum Münchner Abkommen

Die westdeutsche Seite hat einige Möglichkeiten vorgeschlagen, um eine Verständigung in diesen Fragen zu erzielen. Um eine Wende zu erreichen, sind jedoch noch viele Anstrengungen notwendig, insbesondere ist dabei auch den äußeren Faktoren Rechnung zu tragen.

Es wächst die Zahl derjenigen in der Welt, die zu der Auffassung gelangen, daß Westdeutschland immer mehr zu einem Hemmnis der Entwicklung wird. Die Orientierung der USA auf Westdeutschland ruft zwangsmäßig den Widerstand von Frankreich hervor, da sich ein engerer Zusammenschluß von Bonn und Paris gegen die amerikanischen Interessen richtet. Dadurch entfalten sich die Widersprüche, die zu wichtigen Schlußfolgerungen führen.

Die Politik Frankreichs bietet einige günstige Voraussetzungen. Das Großmachtstreben Frankreichs stößt auf die Haltung der USA. Schließlich wünscht Frankreich nicht, die Ambitionen Westdeutschlands im Hinblick auf Atomwaffen zu unterstützen, da sich dies störend auf die Beziehungen Westdeutschland - Frankreich auswirken würde.

Die britische Labour-Regierung hat auch gewisse Einflußmöglichkeiten, die berücksichtigt werden müssen. Es komme darauf an, mit den Kreisen zusammenzuarbeiten, die in Großbritannien wirklich gewillt sind, an der Lösung der Probleme zur Sicherung des Friedens in Europa mitzuarbeiten.